

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monat. 5 M. durch Boten monat. 5,75 M.; bei Postbezug monat. 6 M. frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 30 S. Postfach-Konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälterstraße 4. Für unerbetene Aufendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Tagel. Mittw. Zeitraum 30 Wk. und der Nach. Mittw. Anzeigenraum 10. Die laufende Monatskontinua wird vom Besteller auf seine Anzeigen in Rubrika genommen. Aflerabühr 50 Wk. Porto besonders. Norm Anzeigensatz 11 Wk. vorm. Fernruf. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 197.

Mittwoch, den 24. August 1921.

161. Jahrgang

Tageschronik

Die Reichsregierung wurde davon verständigt, daß die Truppentransporte nach Oberschlesien in den nächsten Tagen beginnen.

Quinones de Leon hat die Berichterstattung im Bitterbundsrat abgelehnt.

Es sollen noch weitere Freilassungen von Kriegsgefangenen bewirkt werden.

Die Gehaltsverhandlungen der Beamten- und Arbeiterorganisationen mit der Reichsregierung haben noch nicht zu einer Einigung geführt.

Der Zusammentritt des Reichstages ist auf den 27. September festgesetzt.

Die Gehaltsverhandlungen in Berlin. Unerwartete Verwicklungen.

Das Reichsfinanzministerium nahm am Dienstag die Teuerungsverhandlungen zwischen den Organisationen der Beamten und Arbeiter und der Regierung ihren Fortgang. Es nahmen wiederum der Kanzler in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister, ferner Reichspostminister Giesberts und der Reichsverkehrsminister Groener teil. Dr. Wittich teilte in einer längeren Rede die außerordentlich schwierige Finanzlage des Reiches und die Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen mit. Außerdem erfordern die Gehaltsfrage des Deutschen Beamtenbundes 16 bis 18 Milliarden jährlich.

aufammen also 30—32 Milliarden.

Reichsverkehrsminister Groener erklärte, zwar sei der Personenverkehr betriebsfähig, dagegen wären die Einnahmen aus dem Güterverkehr ganz wesentlich zurückgegangen. Man habe bereits an eine

neue Tarifierhöhung

gedacht, die sich wohl kaum werde umgehen lassen. Im gleichen Rahmen bewegten sich die Ausführungen des Reichspostministers Giesberts. Eine Erhöhung aller Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren in Verhältnis von 1:10 sei notwendig.

In ein Brief werde fünfzig eine Marktkosten. Geheimrat Kühnemann teilte mit, daß die Regierung bereit sei, einen Ausgleich der Teuerungszuschläge in den fünf Preisklassen vorzunehmen und zwar betrag, daß die Differenzen zwischen der Preisklasse A und E anstatt 15 Prozent in Zukunft nur noch 10 Prozent betragen soll. Dagegen könne die Regierung der Forderung der Organisationen auf gleichmäßige Erhöhung der Zuschläge für alle Beamten nicht zustimmen. Sie sei dagegen bereit, die einzelnen Teuerungszuschläge in den verschiedenen Preisklassen um je 15 Prozent zu erhöhen. Man sei weiterhin bereit, die Stundenlöhne der Arbeiter um 55 Prozent zu erhöhen. Die Arbeiterzulagen sollen von 150 Prozent auf 175 Prozent in der Preisklasse A, in B und C auf 150 Prozent und in den Klassen D und E auf 120 Prozent erhöht werden. Die Vorschläge der Regierung wurden vonseiten der Vertreter der Beamten und Arbeiter als unzureichend bezeichnet.

Man kann weder erwarten, daß die Regierung sich zu einer Einigung, vielmehr wurde eine gewisse Spannung geschaffen. Um einen Abbruch der Besprechungen zu vermeiden, erklärte der Reichskanzler schließlich, daß er am Mittwoch die Besprechungen in der Reichskanzlei fortzusetzen wüßte und daß er zu diesen Verhandlungen die Vorsitzenden des Reichstages einladen werde. Im Anschluß an diese Besprechungen fanden Konferenzen der beteiligten Beamten- und gewerkschaftlichen Organisationen statt, in denen man sich mit der unerwarteten Wendung der Verhandlungen beschäftigte. Man hofft namentlich in den Kreisen dieser Organisationen auf eine Verständigung. Es ist auch bereits wieder der Plan aufgetaucht, den Beamten und Arbeitern über die Vorschläge der Regierung eine allgemeine Abstimmung vorzunehmen zu lassen, von deren Ergebnis dann die weiteren Entscheidungen der Organisationen abhängen werden.

Beginn der Truppentransporte nach Oberschlesien.

Frankreich entsendet eine Brigade!

Die Reichsregierung ist von der Entsendung verständigt worden, daß die Truppentransporte nach Oberschlesien vom 25. ab Montag verlassen werden. Für ihre Durchfahrt durch Deutschland sind die Eisenbahn- und sonstigen Behörden zur Annahme aller notwendigen Maßnahmen aufgefordert worden. Es handelt sich um zwei englische Bataillone, die mit vier Zügen, und eine ganze französische Brigade, die mit 16 Zügen befördert werden wird. Ueber die Frage italienischer Truppentransporte für Oberschlesien ist noch nichts bekannt, doch wird angenommen, daß es sich um eine Entsendung von zwei neuen Bataillonen handeln wird.

Quinones de Leon lehnt ab.

Die Gamas aus Madrid meldet, daß Quinones de Leon das Angebot des Grafen Hsü, das Amt eines Berichterstatters in der obersteinsten Frage zu übernehmen, abgelehnt.

Dem „Antautant“ zufolge wäre nimmere der belgische Delegierte Symans ausreisen, den Bericht zu erstatten. Diese Meldung ist aber zweifellos mit größter Vorsicht anzunehmen. Der Bitterbund dürfte kaum eine so kompromittierte Persönlichkeit wie Symans zum Berichterstatter in einer so wichtigen Frage wählen.

Der Bitterbundsrat unter dem Vorst. Chinas?

„Daily Telegraph“ schreibt, daß Hsü in der gegenwärtigen Tagung des Bitterbunds nicht Präsident sein werde, sondern der chinesische Vertreter Wellington Koo.

Der bevorstehende Kampf.

„Daily Telegraph“ schreibt, daß man sich für die Beratungen des Bitterbunds annehmen müsse, daß England, Japan und Italien auf der einen Seite stehen werden, die Franzosen mit der Unterstützung Spaniens und Chinas auf der anderen Seite. Doch müsse man daran festhalten, daß der Bitterbundsrat nur ein Gutachten abgeben könne, daß er aber nicht das Recht habe, dieses Gutachten zur Ausführung zu bringen. Damit könne nur der Deutsche Rat beauftragt werden. Es würden sich große Schwierigkeiten ergeben, wenn die Mitglieder des Bitterbunds zu den Beratungen mit vorgefaßten Meinungen ihrer Kabinette kämen.

Meinungsaustausch

über den deutsch-amerikanischen Frieden.

Der Vertreter der amerikanischen Delegation, Herr Drefel, hat im Auswärtigen Amt im Auftrage des Präsidenten Harding den Wunsch nach einem gegenseitigen Meinungsaustausch über die Grundzüge des Friedensvertrages zwischen Amerika und Deutschland ausgesprochen. Die Besprechungen haben gestern begonnen.

Keine Einigung im Versicherungssektor.

Die Einigungsverhandlungen im Versicherungssektor sind gescheitert. Die Angehörigen hatten mit Rücksicht auf die Postage vieler Rollen eine Zulage von 35 bis 50 Prozent gefordert. Der Arbeitgeberverband wollte die Gehälter der lebigen Angestellten über 20 Jahre um fünf Prozent, die Verheirateten um 1000 M. jährlich und die jährlichen Alterszulagen um 250 M. erhöhen. Nach Ablehnung dieses Angebots durch die Angestelltenvertreter wird vom Reichsarbeitsministerium die Einsetzung eines Schlichtungsausschusses verlangt.

Eine Mahnung zur Besonnenheit.

In einem Aufruf des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, des Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter Deutschlands, der polnischen Bergarbeitervereine und des Gewerkschaftsvereins der Kohlen- und Sandarbeiter heißt es u. a.: Die Verhandlungen über Lohnverbesserungen in Berlin am 19. August hatten noch kein Ergebnis erzielt. An alle Organisationsmitglieder ergeht daher der dringende Ruf, in dieser Lohnbewegung gewerkschaftliche Disziplin zu üben und sich nicht vorzeitig in Forderungen und Arbeitsniederlegungen einzulassen. Einzeln und allein die Beschlässe und Anweisungen der Bergarbeiterorganisationen dürfen befolgt werden.

Der Wiesbadener Gesundbrunnen.

Vor etwa einer Woche brachte der „Daily Telegraph“ eine vertrauliche Mitteilung zu den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen zwischen Rathenau und London. Neuerdings kommt die Nachricht von der Wiederaufnahme der mündlichen Verhandlungen, die in Wiesbaden wiederum stattfinden sollen. Als Tag des Zusammentreffens ist der 26. August in Aussicht genommen. Nach einer Pariser Meldung eines Berliner Mittagsblattes äußert sich das „Echo de Paris“ recht pessimistisch über die diesmaligen Verhandlungsaussichten. Rathenau käme sozusagen mit leeren Händen. Das Steuerprogramm des Kabinetts Wittich wäre vorläufig nur Papier, seine Annahme keineswegs sicher, da selbst die Stellung des Kabinetts wäre angezweifelt. Schließlich weist der Aufsatz auf eine Aeußerung des belgischen englischen Volkswirtschaftlers Kennes hin, der den Vankrott Deutschlands für das Jahr 1922 voraussetzt, denn der deutsche Steuerzahler könne umöglich 45 Prozent seiner Einnahmen als Steuern abgeben. Anstatt hieraus aber die Unmöglichkeit der Erfüllung zu folgern, gelangt das Blatt zu dem Schluß, dann müßte man eben auf den Plan des Ministers Robert Schmitt zurückgreifen, der eine jährliche Einnahme von 50 Milliarden Gesamtwert aus Deutschland herauszuwickeln beabsichtigt.

Wir bezweifeln diese Voraussetzung, weil sie offenbar zu dem Zweck veröffentlicht worden ist, um einen dunklen Hintergrund zu schaffen, auf dem sich das schließliche Ergebnis der direkten Verhandlungen um so besser abheben soll. So widerförmig es auch klingen mag, die Verhandlungen am 26. August können möglicherweise einen gewissen realen Ertrag erbringen, der sicherlich auf das Konto der Verhandlungsbereitschaft und der Leistung der beiden Unterabteilungen gesetzt werden wird. In Sonderheit aber dem Kabinetts Wittich zugute kommen soll.

Die Bereitwilligkeit Frankreichs zu Verhandlungen mit Deutschland ist bedingt durch die jeweilige Zielumarmung Englands und von der Einschätzung der englischen Nachstellungen durch die französische Politik. Die Pariser Verhandlungen haben den Beweis erbracht, daß sich die englische Interessenspolitik nicht einschließen läßt, und die daraus folgende Folgerung, daß die Wiesbadener Verhandlungen, der Weg zur Verständigung mit Frankreich geht auch heute noch über London. Das wird bestätigt durch den voraussetzenden Versuch Loucheurs in London. Ob von Berlin aus eine Verständigung mit London ebenfalls anstrebt ist, darüber verlaute einwischen nichts!

Es ist im Hinblick auf die poltische Vorbereitung dieses Zusammentreffens notwendig, diese inneren Zusammenhänge immer wieder hervorzuheben, weil die Gefahr der Verengung der öffentlichen Meinung vorliegt, die inoffiziell ausgespielt werden soll. Wiesbaden soll der unverpöhlte Gesundbrunnen für das Kabinetts Wittich werden. Rathenau ist der Heiligsche, dem die eventuelle Aufgabe zufällt, die bisher noch ausstehenden Vorteile der Wirtschaftspolitik von Frankreich einzuhandeln. Es bleibt abzuwarten, wie groß oder wie klein der Ertrag dieser Besprechungen sein wird. Auf keinen Fall werden damit grundsätzliche Vorteile erreicht werden, die etwa eine Änderung der auf die Verwirklichung Deutschlands hinauslaufenden Politik Frankreichs bedeuten könnten. Frankreichs politische Entschlüsse werden heute und in Zukunft durch das Gewicht eines lebenden Heeres von 500 000 Mann erzeugt. Auch die Rathenauische Politik wird diesen machtpolitischen Faktor nicht aus der europäischen Politik beseitigen können. Allenfalls wird man die Befreiung von einigen Holzstücken festsetzen, doch werden diese Holzstämme keine Unterstufe für politische Interessen bieten können.

Einberufung des Reichstages zum 27. September.

Nach Vereinbarung zwischen dem Reichskanzler, dem Reichspräsidenten und den Führern der Fraktionen, ist nimmere beschlossen worden, den Reichstag am 27. September (Dienstag) einzuberufen. Von der Berufung des Reichstages ist eine einstweilige Aussetzung hat man, entgegen einer anfänglichen anderen Entschlossenung nimmere einstweilen Abstand genommen.

Wie die Wähler an zukünftigen Stelle werden, wird der preussische Landtag am 28. September zusammenberufen.

Ausfuhrschiffmanna an Breiten in Walded.

Die Mehrheit der Volksvertretung in Krosen erklärt einen Aufruf für die Veranlassung einer Volksabstimmung

Ein gefährliches Spiel.

Von A. S. Rischbieter, M. D. L.

Nun hat der Bundesausschuß des Deutschen Beamtenbundes Stellung genommen zu dem vom letzten Entwurf eines Reichsgesetzes mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund...

Damit hat der Bundesvorstand den für ihn leichtesten Weg gewählt und die schwerste Entscheidung verschoben. Er hat aber dadurch einen auf die Dauer unerträglichen Zustand...

Grundsätzlich hat nur der D. V. B. den Standpunkt der unpolitischen Einstellung aufgegeben. Es wird allgemein anerkannt, was der Vorkämpfer des D. V. B., Falkenberg, am 9. Juni in der „Gemeinschaft“ schrieb...

Die Führerschaft des D. V. B. weist ferner zu den freien Gewerkschaften, sie sieht sich ihnen innerlich verbunden, Aufhänger, einer gewerkschaftlichen Führer, betont im Hinblick auf die zu schaffende Beamtenschaft die Notwendigkeit der restlosen inneren Übereinstimmung der beteiligten Gruppen...

Diesen Umstellungsversuch hielten die sozialistischen Gewerkschaften zu beschleunigen durch die Drohung; Entweder der D. V. B. wird freigewerkschaftlich oder die fortschrittlichen Gruppen bilden eine eigene Bewegung...

Es wird dem A. D. G. V. leicht werden, zu einem Uebererkenntnis mit den einzelnen Verbänden des D. V. B. zu kommen. Bei den Führern der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner besteht sicherlich die notwendige „innere Reifung“...

Dann ist aber das Ende des D. V. B. da; denn die aber das Bestehen der Beamtenschaft werden mit der Sozialdemokratie als die Beamtenschaft rinnen. Die Beamtenschaft hat darum ein berechtigtes Interesse an einer schnellen Klärung...

Politische Rundschau

Eine Preußenrede Ludendorffs.

Gelegentlich des Regimentsappells des ehemaligen Leibregiments 8 in Frankfurt a. d. Oder hielt General Ludendorff eine Ansprache, in der er unter anderem sagte: „Wir 1914 in den Krieg geschwungen wurden, galt es, das Vaterland zu verteidigen...“

Nach einer Schilderung der Taten der alten Reichsregierender, die dem Beweis lieferten, daß wir unbesiegt blieben, hat er fortgesetzt: „Wenn auch die alte Herrlichkeit der Schwab nicht mehr ist, so ist doch nicht christus geworden...“

In unerklärlicher deutscher Treue wollen wir zu Preußen-Deutschland in Kameradschaft zueinander stehen. Neben mir in Treue wider dieses binneben wollen, rufen wir: „Wir sind zerschossen und zerstückelt, aber Preußen, dich leben wir, wir dienen dir! Unser geliebtes Preußen! Hurra!“

Die Jenaer Kommunisten-Tagung.

Jena hat auf acht Tage dem Parteitag der Vereinigten KPD Unterhalt gewährt. Nach außen ist die beschämte Hülle der Stadt, die ihren Aussehen verleiht, dadurch unkenntlich, daß sie ihren Eingang erleidet die kommunistischen Delegierten allerdings eine heftige Unterhaltung. Die Stadt prägte anlässlich des Regimentes der vier im Schwand der Reichs- und Landesflaggen und schon verlor sich das rote Flanellmütze mit dem Sowjetstern, das einzeln und allein vom dem Karl-Biedrich-Haus herabstürzte...

Dem Parteitag liegt ein gedruckter Bericht der Zentrale vor, der nachfolgend über die dem sogenannten Vereinigten Parteitag im Dezember 1920 in Berlin geleistete Arbeit abgibt. Er stellt ein praktisches Nachschlagewerk dar und zeigt, daß die KPD, neben ihrer Aufgabe, „aktive“ Revolutionspartei zu sein, auch die Partei des gebrauchten Papiers — die politische Propaganda in erster Linie — ist...

Steuerliche Demagogie.

Der Reichsgewerkschaftsrat hat auf der Bundeskonferenz der süddeutschen Demokraten ein Wort Heinrichs IV. von Frankreich zitiert. Welches? Nicht etwa, daß jeder Bauer Sonntag sein Substanz im Topf haben sollte, sondern wir müssen jetzt die Hälfte anderer Steuern zahlen, damit wir die andere Hälfte erhalten können...

Die verpönte Kamelle.

Die vom Reichsjustizminister verfasste Nachschrift der Urteile der Sondergerichte trägt nur wenig dazu bei, das Stigma der Unfähigkeit gegenüber den Sozialdemokraten. Auf welchen Paragraphen der Strafprozeßordnung oder welchen Artikel der Verfassung hat Herr Zöllner dabei stützt, die Urteile unzulässig, und man acht wohl nicht sehr in der Vermutung, daß kein verwaltungsrechtlich frischeres Vergehen als mildere Verurteilung eine Abmilderung des Urteils rechtfertigen kann...

Unter falscher Flagge.

Roman von W. Wisk.

„Nun, wenn Sie es doch schon wissen, warum sollte ich es in Albrecht stellen? Es ist mein langstehender Wunsch, daß ich mich mit dem Manne einlassen habe, dessen Kauf ich nicht kannte!“

„Sie schulden ihm eine größere Summe, und nun drängt er auf Bezahlung?“

„Er drängt nicht bloß, sondern er setzt mir geradezu die Pistole auf die Brust! Es ist ein richtiges Lösegeld!“ Bis Dienstag soll ich hundertzwanzigtausend Mark aufbringen, und meine Kasse ist augenblicklich vollständig leer!“

„Sie schulden das Geld auf Wechsel?“

„Jawohl! Anders tun es ja diese Halsabschneider und Blutsauger nicht! Aber Sie dürfen durchaus nicht glauben, daß ich mich etwa am Rande des Ruins befinde! Die Ausgaben hatten sich nur in der letzten Zeit etwas gehäuft. Das Theater geht ausgezeichnet, und innerhalb einer gewissen Zeit wird es mir sicherlich ein leichtes sein, diese Schuld abzutun. Wenn Sie sich also entschließen könnten, die Wechsel einzulösen —“

„Das ist eine Angelegenheit, die sich wohl nicht gut innerhalb einiger Minuten mit einem einfachen Ja oder Nein erledigen läßt! Und außerdem — Sie gestatten mir doch, ohne Rücksicht zu reden, Herr Baron?“

„Aber natürlich!“ versicherte der andere mit großem Eifer, obwohl ihm das Unbehagen deutlich genug auf dem Gesicht geschrieben stand. „Gegenwärtiges Vertrauen und risikolose Offenheit, das sind die unerlässlichen Voraussetzungen für jedes reelle Geschäft!“

„Es freut mich, daß Sie so denken, Herr von Wallberg! Also — ich bin der Meinung, daß Ihnen mit einem einfachen Prologation der Wechsel durch Creter noch gar nicht gekümmert sein würde. Umsonst täte er es doch wohl auf seinen Fall. Erlauben Sie mir jedenfalls wenigstens einen Teil der Summe auszahlen, und außerdem würde er sich beträchtliche Provisionen und Prologationsgespen berechnen. Nebenher, wenn Sie sagen, Ihre Kassen leer sind, müßten Sie wohl auch weitere Betriebsmittel für Ihr Theater haben.“

dreißig- bis vierzigtausend Mark came ich nicht über den Berg!“

„So ungefähr habe ich mir's gedacht! Und was ist es nun eigentlich, das Sie von mir erwarten?“

„Ich wollte Sie bitten, die Creter'schen Wechsel einzulösen und mir außerdem lediglich hunderttausend Mark in bar zu menslichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.“

Wallberg stellte sich höchlich überrascht.

„Wein lieber Baron, was Sie da verlangen, ist ganz und gar unmöglich! Ich habe Ihnen schon gesagt, daß mir keine Geldverleiher sind. Außerdem will ich Ihnen ganz reinen Blei einschleusen. Creter ist keineswegs der reiche Mann, für den Sie ihn wahrheitsgemäß halten. Und er befindet sich sogar augenblicklich selbst in einigermaßen kritischer Lage. Er hat Verluste gehabt und ist außerdem bei einer großen Finanzoperation engagiert, die alle seine verfügbaren Mittel in Anspruch genommen hat. Unter uns gesagt, meine Firma hat sich veranlaßt gesehen, ihm mit hülfreichen Mitteln beizuhelfen, da er ja schließlich sicher genug ist, und so ist es gekommen, daß sich nicht verschiedenen anderen Sicherheiten auch Ihre Wechsel augenblicklich in meinen Händen befinden. Sie liegen in meinem Geldschrank in Buchwalde, wo mich Creter aufsuchte, um ein Darlehen von mir zu erbitten. Was sagen Sie zu diesem Zufall? Ist es nicht eine eigentümliche Fügung?“

„Es ist die glücklichste Fügung von der Welt, wie mit solchen Will!“

„Nun ja, es hätte sich schlimmer für Sie gestalten können, wenn Creter auf den Gedanken gekommen wäre, sich an einen andern zu wenden als gerade an mich. Auf die eine oder die andere Weise wird sich die Sache ja wohl arrangieren lassen, wenn ich Ihnen auch in diesem Augenblick noch keine ganz bestimmten und bindenden Versprechungen machen möchte. Auf keinen Fall können wir in einer Viertelstunde oder in einer Stunde zum Abschluß gelangen! Die Angelegenheit muß nach allen Seiten hin überlegt werden, und die Frage der Sicherheiten, die Sie zu bieten imstande sind, spielt doch schließlich auch eine keineswegs untergeordnete Rolle. Vielleicht wäre es am besten, wenn Sie doch heute Abend mit mir nach Buchwalde fahren würden! Wir könnten bald nach Mitternacht dort sein, wenn ich mir telegraphisch ein Auto an die Bahn bestelle.“

Wallberg dachte daran, daß morgen Sagetat war, und daß er nicht die allgeringste Aussicht hatte, sich das lebende bare Geld bis dahin hier in Berlin zu beschaffen.

Es war ihm anzusehen, daß er nicht über Lust hatte, die Einladung anzunehmen; aber er hielt es doch für notwendig, darauf hinzuweisen, daß er bis morgen früh zehn Uhr unbedingt noch eine größere Summe für die Gagezahlung nötig machen müsse, und daß es darum für ihn bedenklich wäre, sich von Berlin zu entfernen, solange das Zustandekommen des beabsichtigten Geschäfts noch zweifelhaft ersehe.

Es lag sehr beruhigend, als Paul Wallberg darauf mit einem kleinen Nicken erwiderte.

„Warum sollte es denn nicht zustande kommen? Wo der nötige gute Wille auf beiden Seiten vorhanden ist, findet sich immer ein gangbarer Weg. Haben wir ihn aber gefunden, so genügt eine drabische oder telefonische Anweisung an meine Leute hier, und der für die Gagezahlung benötigte Betrag ist morgen zu Ihrer Verfügung. Uffergestanden, mein lieber Herr Baron, ich glaube nicht, daß Sie ihn hier aufbringen werden, auch wenn Sie sich persönlich die größte Mühe geben wollten! Die Situation ist augenblicklich nicht sehr günstig für die Theater, und es ist nicht leicht mehr einen reinen Geld für solche unsicheren Unternehmungen.“

Wallberg seufzte; denn er mußte aus seinen vielen übergebenen Verträgen, Geld aufzubringen, recht gut, daß Wallberg die Verhältnisse ganz richtig fassen konnte. Und die Aussicht auf ein im Laufe kaum noch erhaltene Hilfe nahm ihm einen größeren Teil vom Herzen. Küngele seinen geschäftlichen Interesses war für ihn bei dieser Sache ja auch noch etwas anderes im Spiele, denn er bei seiner Charakterbeschaffenheit jagte die bei weitem größere Bedeutung beilegte. Er stand in zarten Beziehungen zu der ersten Liebhaberin der Bühne, einer diebelegenen Schönheit, die ihn erbarungslos ausplünderte, und deren unerwartete Ansprüche die Hauptstütze an seiner verzweifelten Lage trugen. Wenn er für nicht morgen die zu diesem Termin verlangte größere Summe zur Verfügung stellen konnte, mußte er damit rechnen, daß sie ihm einträglichen Augenblicke reicheren und freigelegenen Bereichers den Abschied gab, und er hätte dann eine Demütigung gesehen, die ihn ganz unerträglich dünkte. Der Umstand, daß er dabei auf ein Schloß Wallberg eine junge Frau hatte, die ihre Lage in Einsamkeit und Verlassenheit verbrachte, beunruhigte kein Gemüth nicht im mindesten. Er war der Meinung, daß es ihr dort ja an nichts fehlte, und daß schließlich jeder gut sein würde, wo er am besten mit dem Leben fertig würde.

(Fortsetzung folgt.)

